

Offener Brief

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher
Franz Josef Ament
Rathausplatz 1
61343 Bad Homburg vor der Höhe

Magistrat der Stadt Bad Homburg
Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Ursula Jungherr
Rathausplatz 1
61343 Bad Homburg vor der Höhe

23. Januar 2008

Bürgerversammlung

Sehr geehrter Herr Ament,
sehr geehrte Frau Dr. Jungherr,

im Rahmen der formellen Beteiligung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 99 „Grüner Weg, Weidebornweg, Kolberger Weg, Bommersheimer Weg“ haben sich - wie schon in der 1. Runde bei der informellen Anhörung - erneut annähernd 3000 Bürger mit Unterstützung unseres Vereins mit Einwendungen gegen die von der Stadtverwaltung favorisierte großflächige Bebauung der letzten Freifläche am Bommersheimer Weg beteiligt. Geht es nach unserer Kenntnis ist dies die stärkste Bürgerbeteiligung im letzten Jahrzehnt und vermittelt die große Sprengkraft der in der Planung aufgeworfenen Konflikte.

Der Verein Landschaftsschutz Platzenberg rügt in der zu Ihrer Kenntnisnahme beigefügten Begründung

1. die technische Konfiguration der Schulplanung,
2. die nicht gesetzeskonformen Kriterien der Standortauswahl
3. die Nichtberücksichtigung geeigneter Standortalternativen,
4. die städtebaulichen Spannungen zu der kleinteiligen Nachbarbebauung
5. die Gefährdung der Gesundheit der Schüler durch die Strahlungen der Hochspannungsleitung,
6. die Beeinträchtigung des Kleinklimas,
7. die Nichtberücksichtigung des Schutzes landwirtschaftlicher Betriebsflächen,
8. die verschärften Verkehrsgefahren,
9. den Verstoß gegen die Sparsamkeit der öffentlichen Haushaltsführung und
10. die mangelhafte Erfassung sowie die Kompensation des planbedingten Eingriffs in Natur und Landschaft.

Der Grüngürtel rund um die Stadt bedarf auch im Interesse zukünftiger Generationen jetzt eines wirksamen Schutzes gegen immer neue Inanspruchnahmen, egal ob für Schulgebäude, Kliniken oder neue Wohngebiete.

Im Namen der rund 3000 Bürger fordert unser Verein von Ihnen als Stadtverordnetenvorsteher die zeitnahe Einberufung einer Bürgerversammlung und die Wahl eines Versammlungsortes in der Berliner Siedlung am Brennpunkt des Konfliktes. Der Saal der *Christuskirchengemeinde* in der Stettiner Str. 53 eröffnet den Planungsbetroffenen kurze Wege.

Wir gehen davon aus, dass die Einberufung der Versammlung rechtzeitig - und nicht erst wie in der Gemeindeordnung als Minimum vorgesehen mindestens eine Woche vor dem festgesetzten Termin - publiziert wird.

Wir beantragen, zu der Bürgerversammlung auch nicht wahlberechtigte insbesondere heranwachsende Einwohner zuzulassen und durch den Stadtverordnetenvorsteher die Sachverständigen Herrn Dr. Lötschert und Prof. Dr. Bernatzky (Autoren des stadtklimatischen Gutachtens) sowie den umweltmedizinischen Sachverständigen Dr. med. Gerd Oberfeld zum Thema Elektrosmog zuzuziehen.

Weiterhin beantragen wir, unserem Verein stellvertretend für die rd. 3000 Einwander, die auf die von uns vorgetragene Argumente in ihren Einwendungen Bezug genommen haben, in der Bürgerversammlung das Rederecht zu einer einleitenden zusammenfassenden Begründung u.a. für den angeregten wirksamen Schutz des Grüngürtels zu erteilen.

Im Namen der Einwander fordern wir, dass sowohl der Bauausschuss als auch die Stadtverordnetenversammlung aus Achtung vor den anzuhörenden Argumenten der Bürger zu Gunsten eines Schutzes des Grüngürtels **v o r** der Bürgerversammlung keine Entscheidung zu den Bebauungsplan Nr. 99 treffen.

Für eine Rückantwort wäre ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Peter König
Vorsitzender